

arbeiten, sondern die Ausbeutungsmöglichkeiten stehen im Vordergrund. Zu gut deutsch gesagt, soll der Lehrling zum Fischen herangezogen werden. Das ist nicht nur eine schwere Schädigung des Lehrlings für ein Fortkommen, sondern auch gleichzeitig eine Gefahr für die Gesamtwirtschaft, da in der letzten Zeit schon sehr viel in der Bauausführung gesündigt worden ist.

Auch die Vereinigung der deutschen Großhandelsverbände nehmen Stellung zu den Forderungen des Reichsarbeitsministers an den Reichswirtschaftsrat, eine zutreffliche Auswertung über die Festsetzung von Höchstzahlen für Lehrlingszahlen zu geben. Die Großhändler stellen einen Mangel an Lehrlingen in den Großbetrieben fest, dagegen keine Lehrlingszahl. Wiederrum die Großhandelsbetriebe bestrebt, soviel Lehrlinge wie möglich einzustellen, die älteren Angestellten aber abzubauen.

Gewerkschaften und Regierung wollen durch Gesetze die Mißstände des Kapitalismus aus der Welt schaffen. Doch ist es schon unzählige Male bewiesen, daß es unmöglich ist, eine Verbesserung zugunsten der arbeitenden Klasse zu erreichen. Das Jungproletariat muß nun endlich erkennen, daß es für sie keinen anderen Ausweg aus dem Elend gibt, als sich zusammen zu schließen und neben den erwachsenen Arbeitern seine Geschicke selbst in die Hand zu nehmen, um zusammen mit dem Gesamtproletariat dieses kapitalistische System zu stürzen und eine neue Welt, den Kommunismus aufzubauen.

Wirtschaft

Stagnation auf dem Arbeitsmarkt

Nach dem Bericht des Berliner Arbeitsamts waren am 2. Juli in Groß-Berlin 194.084 Personen bei den Arbeitsämtern eingetragenen, gegen 194.844 der Vorwoche. Darunter befinden sich 126.755 (127.856) männliche und 66.329 (66.988) weibliche Personen. Erwerbslosenunterstützung 55.749 (61.936) männliche und 29.585 (29.672) weibliche, insgesamt 85.334 (91.608) Personen. Außerdem wurden noch 29.256 (29.558) Personen durch die Erwerbslosenhilfe der Stadtgemeinde Berlin und 32.214 (33.020) Personen durch die Kreisämter unterstützt. Bei Nichtstadsarbeitern wurden 5110 (5170) Personen beschäftigt.

Der Rückgang um 1700 Personen ist angesichts der beunruhigenden Erhebungen des Reichsarbeitsamts und der Betrachtung der Statistik, kann man eher von einer Verschlechterung an Arbeitsmarkt sprechen. Die Besserung in der Metallindustrie und Holzindustrie ist auch tatsächlich zum Stillstand gekommen. Auch dem Bekleidungs- und aus dem Spinnstoffgewerbe werden infolge Saisonbedingung weitere Entlassungen gemeldet.

Anfällig ist die hohe Ziffer des Unterstützungsrückganges um 4.432 von 184.186 auf 180.754. Die Zahl der nichtunterstützten Registrierten beträgt jetzt 42.330. Mit den Arbeitslosen, Kriegskriegeln und -hinterbliebenen dürfte das Arbeitslosenhilfe-Berlin demnach heute mindestens 250.000 betragen. Das ist die Konsequenz, wie wird es im Winter nach Beschäftigung aller Saisonarbeiter aussehen?

Die Arbeitsmarktlage in den Berufen

(Kont-Korr.) Die Stichtagszählung bei den Arbeitsämtern Mitte Juni 1927 ergibt unter Berücksichtigung der Arbeitslosigkeit nach Berufsgruppen sehr bemerkenswerte Ergebnisse. In der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei kamen auf 26.070 offene Stellen nur 20.574 Arbeitsuchende, im Bergbau, Häuterei- und Schlammwesen auf 948 offene Stellen insgesamt 21.688 Arbeitsuchende. Auch in den Industriezweigen der Steine und Erden ist die Zahl der Arbeitsuchenden noch immer erheblich hoch; auf 703 offene Stellen kamen 12.127 Stellensuchende. In der Metallindustrie und in der Maschinenindustrie ist die Andrangsziffer ebenfalls noch außerordentlich hoch; man zählte am 15. Juni auf 1601 offene Stellen nicht weniger als 167.339 Stellensuchende, nicht einberechnet die weiblichen. Im Spinnstoffgewerbe sind 420 Stellen 7736 Arbeitsuchende gegenüber. Recht ungenügend ist ferner die Andrangsziffer des Holz- und Nahrungsmittelgewerbes, des Bekleidungs- und des Kunstgewerbes, wo man 61.087 Stellensuchende und nur 279 offene Stellen hat.

Das Bild in den Anstellungsverhältnissen hat sich gegenüber den letzten Erhebungen teilweise etwas gebessert. In der Landwirtschaft kommen aber immer noch auf mehr als 108.000 arbeitsuchende kaufmännische Angestellte nur 1721 offene Stellen, auf 922 offene Stellen 23.316 arbeitslose Büroangestellte und auf 294 Stellen 17.699 arbeitslose Techniker aller Art. Insgesamt kommen auf 52.944 offene Stellen 1.178.913 Stellensuchende gegen 40.321 Stellen bei 2.097.630 Arbeitslosen Mitte März.

Rationalisierung der Reichsbahn

330.000 Arbeiter abgebaut

Beispiellose Verkehrssteigerung

Das Personal der Reichsbahn, das im September 1926 724.616 umfaßte, von denen 317.510 Beamte und 407.106 ständige oder Zeitarbeiter waren, hat nach dem Bericht des Eisenbahnkommissars bis zum Februar 1927 langsam und ständig abgenommen. Im Februar betrug der Personalstand: 652.617 „Bedienstete“, von denen 315.400 Beamte und 337.217 Arbeiter waren. Während im Monat März die Zahl der Beamten weiterhin leicht ließ, brachte die Wiederaufnahme der Zeitarbeiter eine beträchtliche Erhöhung der Zahl der Arbeiter. „Der Gesamtbestand hat sich so auf 680.688 „Bedienstete“ erhöht, von denen 315.122 Beamte und 365.576 Arbeiter waren.

Wenn man auf die Statistik vom 1. Oktober 1923 zurückgreift, die vor der Durchführung der Arbeitsordnung erfaßt wurde, ergibt sich eine Verminderung um 428.732 „Bedienstete“ (110.796 Beamte und 217.936 Arbeiter).

Nicht nur die Arbeit der Abgebauten muß von den Verbleibenden geleistet werden, die Mehrheit ist noch bedeutend weiter steigert worden. In demselben Maße als die Arbeiterzahl vermindert wurde, ist die Leistung der Eisenbahn gesteigert worden. Folgende Ziffern entnehmen wir der amtlichen „Wirtschaft und Statistik“, 1. Jahrbuch 1927.

Bezeichnung	März 1926		Februar 1927	
	1913	1926	1926	1927
Millionen t	38,92	36,55	35,10	35,80
Millionen km	47,4	5,99	47,3	5,95
(km je Achsen-Mill. RM	3,22	3,81	3,74	4,08
Milliarde Mill. RM	33,25	31,82	28,86	32,31
Einkommen Mill. RM	235,86	212,94	235,71	209,70

Die enorme Steigerung hat selbstverständlich erst eingesetzt im April, Mai und Juni, d. h. während der Saison der Landwirtschaft und des Baugewerbes und der daraus erfolgten Kaufkraftsteigerung und Belebung der Konsumindustrie und anderer Fertigungsindustrien. Der eigentliche Reibhieb der Eisenbahn liegt auch nicht im Gütertransport, sondern im Personenverkehr. Zieht man den Personalabbau und die Leistungssteigerung in Betracht, so leistet das Eisenbahnpersonal heute mehr als die doppelte Arbeit wie 1923. Die Doppelleistung ergibt sich nämlich schon fast dadurch, daß fast die Hälfte des Gesamtpersonals abgebaut wurde. Dazu kommt dann noch die Leistungssteigerung durch den gesteigerten Verkehr.

Das Eisenbahnpersonal beansprucht bekanntlich eine Löhnerhöhung und Arbeitszeiteinschränkung. Die Reichsbahn schätzt, wie aus dem Bericht des Eisenbahnkommissars hervorgeht, die neuen Ausgaben, die ihr aus der Erhöhung der Löhne und der Einschränkung der Arbeitszeit erwachsen, auf 75.000.000 Mk. jährlich und auf 80.000.000 Mk. für den zwischen dem 1. April und dem 31. Dezember 1927 liegenden Zeitraum. Die Neuregelung der Beamtenehälter würde für die Reichsbahn bei einer Erhöhung von 10 Proz. ungefähr eine Mehrausgabe von 150.000.000 Mk. jährlich verursachen. Für die Mehrleistung von mindestens 110 Prozent (wir rechnen die weitere Mehrleistung auf die technische Verbesserung) verlangen die Gewerkschaften also eine Löhnerhöhung von 10 Proz. Damit sanktionieren sie glatt die 100 prozentige Steigerung der Ausbeutung. Besser kann weder die Rationalisierung noch die sie fördernde Gewerkschaftsarbeit gekennzeichnet werden. Und man wird sich durch einen Schacher einigen und von den 10 Prozent etwas ablassen. Für die sich häufenden Unglücksfälle sind demnach ebenso die Gewerkschaften verantwortlich wie für das Arbeitslosensehe. Die Arbeiter haben sich also gewissermaßen in den Gewerkschaften organisiert, um ihr Joch zu erhalten.

Die deutsche Filmindustrie

Im Vergleich zur amerikanischen

Die Spitzenorganisation der deutschen Filmindustrie hat kürzlich einen Bericht herausgegeben. Im Vergleich zur Filmindustrie der Vereinigten Staaten ergibt sich folgendes Bild:

	Deutschland	Amerika
Theater	3.600	14.700
Sitzplätze	1.600.000	7.600.000
Spieltageseiner 1 Durchlauf	1.600.000	8.000.000
Durchschnittspreis der Plätze	75 Pfennig	1 Mk.
Jahresumsatz der Theater	240 Millionen	3.000 Millionen
Luftverkehrssteuer	40-50 Millionen	fast steuerfrei
Leihentlohn	72 Millionen	900 Millionen

Insgesamt beschäftigt die Filmindustrie 45.000 Personen, wozu noch das Personal der Hilfsindustrie kommt. Obwohl die Vereinigten Staaten 95 Prozent der Weltproduktion liefern, ist es immerhin ein gewaltiges Kapital mit einem jährlichen Apparat, das den Verfall des Proletariats arbeitslos und anständige Profite daraus zieht.

Aus der Bewegung

Groß-Berlin

Ambi. Niederschönevide-Johannisthal.

„Herrlichen Zeiten führen wir euch entgegen.“ So ungefähr unter dieser Parole versuchte Direktoren, Meister und Schieber (letztere natürlich hauptsächlich), im trauten Verein der Proleten hier klarzumachen, daß ihr größeres Heil in der Abkehr von den niedrigen Löhnen und dem geringen Gehalt liegt. Die Arbeiter lassen sich das natürlich auch klar machen und schufen, in der Lackiererei zum Beispiel, daß der Schwelb Wochlo. Zu ihrem großen Erstaunen allerdings, wenn sich genötigt finden, werden sie immer noch nach neun bis zehn Wochen, ja, manche noch länger, immer noch für ganze 75 Pfg. Um nun ihren Arbeitern schon jetzt etwas von der künftigen Herrlichkeit (die wohl noch lange ausbleiben wird) zukommen zu lassen, ließ die allerniedrigste und die Note der Arbeiter verständigere Direktion zu, daß Ständen geschoben werden, soviel man Lust hat. Trotzdem, wenn nicht genügend durchweg von der Devise erfüllt: „Nur Arbeit kann uns retten“, treffen natürlich die praktischen Gelegenheiten auf und arbeiten Tag für Tag 10½ Stunden, 7 Stunden Fahrt oder Laufzeit, so sind die Proleten 17 Stunden für die Firma beschäftigt.

Daß diese Proleten von dieser unehrenhaften Arbeitszeit vollständig demoralisiert werden und sich dadurch vom Meister und Schieber abheben lassen, ist wohl selbstverständlich. So trennen denn auch die Antreiber und Schikanen dieser Leuten oft aus fahelhaften, Ausreißern, die sich nicht genötigt finden, werden sie immer noch auf wieder fort gejagt. Von politischer Aufklärung ist unter solchen Umständen natürlich gar nichts zu spüren. Es wird Zeit, daß sich die Arbeiter, die sich noch ein bißchen auf Arbeit fühlen, endlich besinnen und versuchen, diese Zustände zu ändern und sich dann als BO. zusammenzuschließen und die AAU anzuschließen, um dieses ganze verfluchte System in der Weise zu stürzen, daß es eine einheitliche gemeinnützige Basis die Produktion zu übernehmen.

Siefflin

Öffentliche Versammlung.

Am 21. Juni fand hier die erste öffentliche Versammlung der verschiedenen Linken statt. Der Tagesordnung stand: 1. Frage des Kommunisten an dem internationalen Proletariat. 2. Sowjetrußland, Kriegszustand und die Stellungnahme des revolutionären Proletariats. 3. Zirkus 250 Proletariat zeigten durch den Besuch der Versammlung, wie groß das Interesse für diese Frage ist. Genosse Schwarz von der Entsch. Linken legte in seiner Rede geschichtlich klar, daß die Befreiung der Arbeiterklasse der ganzen Welt nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann, daß in einer revolutionären Epoche ein Zusammenbruch des Proletariats mit der Bourgeoisie nicht zusammenhängt. Proletariats führen muß. Der Wahrheitsbeweis dieser marxistischen Grundründe sei durch den ganzen Aufbau und Werdegang der Kommunisten zu erkennen. Erhalten zum internationalen Proletariat wiederum erbracht. Schwarz sagte, daß das Proletariat in den Ausbruch irgend eines kapitalistischen Krieges überhaupt kein Interesse habe. Das Zustandekommen eines Krieges kann verhindert werden von dem revolutionären Proletariat, wenn es dazu übergeht, den Staat zu stürzen und dafür die Rätediktatur aufzurichten. Schwarz gefällte an Hand verschiedener Dokumente den Verrat der KPD, seit 1920 und den Verrat der Internationale an dem internationalen Proletariat. Durch die Parlamentsbeteiligung konnte die KPD, erst die Massenpartei werden, die sie heute ist. Sie mußte aber mit demselben Moment den Klassenkampf verweigern und segelte so immer weiter in das Fahrwasser der SPD. Die erblichen Genossen der KPD, welche diese Kurs nicht mitmachen, konnten und dadurch in Opposition zur KPD, und zur 3. Internationale. In der Zwischenzeit hat sich die Partei selbst aufgelöst. Diese ausgeschlossenen Genossen haben sich in der Entsch. Linken als rev. Kommunisten zusammengeschlossen. Sie haben eingesehen, daß die Revolutionierung der Gewerkschaften unmöglich ist, daß diese Gewerkschaften, bestehend aus 52 Berufsverbänden, heute durch ihre langfristigen Tarifverträge sich einer Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum zusammenzufinden haben und deshalb als Klassenorganisation nicht mehr. Frage kommt nun, was diese Genossen der AAU, antehesenen, welche als einzige wirtschaftliche Organisation den Rätedenkanken propagiert.

Die Ausführungen des Genossen Schwarz wurden von dem anwesenden Proletariat ruhig und ohne Unterbrechung entgegengenommen.

In die KPD: zurzeit kein Pol. Leiter am Orte hat; muß die Kanone Strötzel-Leipzig zur Erholung nach Stettin kommen. Er führte 1½ Stunden eine persönliche Unterhaltung mit dem Schwarz, um denselben als „Agenten Chamberlain“ hinzustellen. Nach Schluß seiner Unterhaltung stimmten anwesenden Faustkämpfer und KPD-Leute die Internationale an, um den Genossen Schwarz am Schlußwort zu verbinden. Doch die übrigen Proletariat waren nicht so dumme, nach Schluß der Internationale den Saal zu verlassen und so kam Schwarz noch den Beweis erbringen, wie Großmützig Clara Zetkin ein Zusammengehen der Reichswehr mit den ärmsten sogar für möglich hält. Den Radabstürzern zeigte er, daß er mehr Ausdauer als sie hätte, wo er in mehr als 50 solcher Versammlungen schon viel Erfahrungen gesammelt hat.

Wie Unternehmer den Staat betrügen.

Während der Inflationszeit waren die Stettiner Vulkan-Werke dazu übergegangen, ihren Betrieb zu vergrößern. Damals 8000 Arbeiter beschäftigt waren, sollten 20.000 Mk. Arbeit erhalten. Verschiedene 10.000 Quadratmeter Grundbesitz wurden angekauft. Ganze Straßenzüge mit mehreren hundert Proletariatwohnungen, die Breikow-Gemeinschaft Schule für Knaben und Mädchen, die einzige Stettiner Wasserver- und Badanstalt für Proletariat, eine Zementfabrik und ein Zementwerk, alles mußte für das neue Projekt expropriert werden. Wo sich die Grundbesitzer nicht in Güte mit den Vulkan-Werken einigten, wurden ihre Grundstücke zwangsweise beschlagnahmt und enteignet. Man sagte damals, Krupp sei dem Unternehmen beteiligt, um auf dem Terrain eine Flugzeug-Fabrik zu errichten. Im Jahre 1924 brach das ganze Unternehmen zusammen. Tausende Arbeiter wurden enteignet.

Die Vulkan-Werke hatten an Stelle der niedrigeren Mietskasernen eine große Arbeiterkolonie gebaut. Zwischen den Vulkan-Werken und der Stadt Stettin bestanden Verträge, daß die Stadt Stettin kein Einmüßer- oder Verleumdungstrag gegenüber den neuerrichteten Wohnlagern hat. Seit dem Zusammenbruch stehen zirka 60 Zwei- und Dreizimmerwohnungen leer. Die Vulkan-Werke, welche heute noch ungefähr 500 Arbeiter beschäftigen, haben seit 2 Jahren die Löhne für die Arbeiter nicht bezahlt. Bei der Stadtverordnetenversammlung lag der Antrag vor, den Vulkan-Werken die Sitzungen mit dem Kapital zu verweigern und die Verleumdung des kapitalistischen Systems erkennen und erwirbt sich die Fähigkeit zum sozialistischen Aufbau der Wirtschaft. Außerdem des aktiven Klassenkampfes, an einem Verhandlungsstadium die Arbeiter nicht lernen.

Die Organisation aber, die diesen Erfordernissen des Klassenkampfes gerecht werden kann, kann nicht durch eine Bürokratisierung der Gewerkschaften von Berufsverbänden zu Industrieverbänden, wie das die linken Gewerkschaften zu 3 Jahren leer stehen, dem Wohnmangel auf zwei Jahre zur Verfügung gestellt.

Dieser Antrag wurde gegen die Stimmen der SPD, der KPD, welche für vollständige Enteignung waren, angenommen. Wenn nicht 5 Vertreter der SPD, und 2 der KPD, die Fassung nicht angenommen worden.

Wäre die Stadtverordnetenversammlung eine Vertretung des Volkes sein, dann wären die Wohnungen schon vor 3 Jahren enteignet worden und 60 Proletariat-Familien hätte nicht im städtischen Asyl eine Verlassungs-Kar durchmachen brauchen.

Mitteilungen

Reich

An alle Ortsgruppen.

Die Zeitungsabnahmen müssen unbedingt pünktlich erfolgen, da sonst mit Einstellung der Materiallieferung zu rechnen ist.

Achtung! Rheinland-Westfalen und Südwest!

An Sonntag, den 10. Juli findet in Düsseldorf eine Bezirkskonferenz der Allg. Arb.-Union Rhld.-Westfalen im Südwest statt.

Provisorische Tagesordnung: 1. Organisationsrat (a. T.) Bericht über die BAA, und Kassenbericht, b. Bericht der Ortsgruppen; 2. Wirtschaftspolitische Lage und Aufgaben im Bezirk; 3. VRUK; 4. Verschiedenes.

Wir ersuchen die Ortsgruppen, sich mit der Bez.-Konferenz zu befassen und Anträge bis Montag, den 20. Juni, an die BAA, einzusenden. Lokal und Zeit wird mit dem Antrag nach dem 20. Juni den Ortsgruppen bekannt gegeben!

Nürnberg

Jeden Dienstag, abends 9½ Uhr Diskussionsabend „Gambirius“, Austr. 102 (Gostenhof). Sympathisierende sind eingeladen. Zeitungsabgabe, Abnommensannahme und Aufnahme von Mitglieder findet dortselbst statt.

Groß-Berlin

Wochenbeiträge.

In der 27. Woche (3. bis 9. Juli 1927) betragen die Beiträge 80 Pfg., 1.- Mk. und 1,30 Mk. Arbeitslose 10 Pfg. Die rückständige VRUK-Umlage ist umgehend zu liefern.

Vier Distriktsversammlungen

der Allgemeinen Arbeiter-Union.
Am Freitag, den 8. Juli, abends 7.30 Uhr, 3. 4/18, in 19/20. Unterbezirk, Wedding, Lokal Franzel, Reinicker Straße 42.
6., 13. und 14. Unterbezirk, Neukölln, Lokal Werbe-Hermannstraße 11.
2., 7., 8. und 11. Unterbezirk Charlottenburg, Lokal Deike am Lützow 9. Nähe vom Wilhelmplatz.
5., 15. und 17. Unterbezirk Lichtenberg, Lokal Pickenhaagen, Scharnweberstraße 60.
In allen Versammlungen Thema: Warum AAU, KAP, Bericht von der ZAS, der „E. L.“

Denk an die politischen Gefangenen

Die Bourgeoisie mordet sie in Zuchthäusern. Sie warten auf aktive Solidarität.

Verantw. Redakteur u. Herausgeber: Hermann Koch, Berlin. Druck: Druckerei f. Arbeiterliteratur, W. Isdonat, Berlin O.

Der Kampf

Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union

(Revolutionäre Betriebs-Organisationen)

Jahrgang 8, Nr. 28

Die Zeitung erscheint wöchentlich. — Zu beziehen durch die Bezirks-Organisationen der Union u. durch die Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO. 36, Laufer Platz 13

Preis 15 Pfennig

Die AAU, eine historische Notwendigkeit

Der Kampf gegen den einzelnen Kapitalisten wird in der Epoche des monopolistischen Kapitalismus durch den Kampf gegen den kollektiven Kapitalismus abgelöst. Er wird zum Massenkampf und sein Erfolg hängt nicht mehr von der Stärke der Gewerkschaftskassen ab, sondern davon, inwieweit er zur Entfaltung von Kräften zum Sturz des Kapitalismus beiträgt. Diese neuen Kampfbedingungen zwingen eine neue Organisation auf, die den breitesten Rahmen für die Selbstinitiative der Arbeiter und für ihre Entwicklung freiläßt. Eine Bedingung dafür ist die Befreiung der Bürokratie und die Verlegung des Schwerepunkts der Tätigkeit auf die Massen selbst im Gegensatz zu den Gewerkschaften, die alles auf den bürokratischen Apparat konzentrieren. Dieser Hecker mußte auf dem 10. Parteitag der KPD erklären: „Nur durch ihre aktive Beteiligung an allen Auseinandersetzungen mit dem Kapital lernt die Masse die Verderblichkeit des kapitalistischen Systems erkennen und erwirbt sich die Fähigkeit zum sozialistischen Aufbau der Wirtschaft. Außerdem des aktiven Klassenkampfes, an einem Verhandlungsstadium die Arbeiter nicht lernen.“

Die Organisation aber, die diesen Erfordernissen des Klassenkampfes gerecht werden kann, kann nicht durch eine Bürokratisierung der Gewerkschaften von Berufsverbänden zu Industrieverbänden, wie das die linken Gewerkschaften zu 3 Jahren leer stehen, dem Wohnmangel auf zwei Jahre zur Verfügung gestellt.

Die Organisation aber, die diesen Erfordernissen des Klassenkampfes gerecht werden kann, kann nicht durch eine Bürokratisierung der Gewerkschaften von Berufsverbänden zu Industrieverbänden, wie das die linken Gewerkschaften zu 3 Jahren leer stehen, dem Wohnmangel auf zwei Jahre zur Verfügung gestellt.

Die Organisation aber, die diesen Erfordernissen des Klassenkampfes gerecht werden kann, kann nicht durch eine Bürokratisierung der Gewerkschaften von Berufsverbänden zu Industrieverbänden, wie das die linken Gewerkschaften zu 3 Jahren leer stehen, dem Wohnmangel auf zwei Jahre zur Verfügung gestellt.

Die Organisation aber, die diesen Erfordernissen des Klassenkampfes gerecht werden kann, kann nicht durch eine Bürokratisierung der Gewerkschaften von Berufsverbänden zu Industrieverbänden, wie das die linken Gewerkschaften zu 3 Jahren leer stehen, dem Wohnmangel auf zwei Jahre zur Verfügung gestellt.

„Im Namen des Volkes“

Vor vierzehn Tagen berichteten wir an dieser Stelle über die einseitige Verhängung des Potsdamer Landgerichts gegen den Deutschen Textilarbeiterverband, die diesem verboten, die ausgesperrten Spinnerinnen der Jute-Fabrik in Brandenburg a. d. H. zu unterstützen. Wie erinnerlich, hatten die Gewerkschaftsinstanzen gegen diesen Akt wirtschafts-demokratischer Justiz eine „Aktion“ unternommen, nämlich: die Herbeiführung einer richterlichen Entscheidung.

Am 5. Juli fand nun in dieser Angelegenheit die Berufungsverhandlung vor der 2. Zivilkammer des Landgerichts Potsdam statt, und am 8. Juli wurde das Urteil verkündet. Das Urteil sieht so aus: die vorläufige Verhängung wurde bestätigt, der Einspruch des Textilarbeiterverbandes gegen das Verbot der Unterstützung der ausgesperrten Belegschaft der Brandenburger Jutespinnerei ist abgewiesen worden!

„Im Namen des Volkes“ wird also der Textilarbeitergewerkschaft kategorisch untersagt, ausgesperrte Mitglieder finanziell zu unterstützen. „Im Namen des Volkes“ haben Proletariat keinen Anspruch auf die Gelder, die sie in ihren Gewerkschaften für Notzeiten wirtschaftlicher Bewegungen abgehört haben. „Im Namen des Volkes“ dürfen Gewerkschaften ausgesperrte Arbeiter nicht unterstützen, müssen sie vor ihren eigenen Mitgliedern den Bankrott anmelden. So will es die demokratische Republik — „Im Namen des Volkes“! — laut dem Potsdamer Urteil vom 8. Juli den Textilarbeiterverband zwingt, öffentlich seine Pläne zu erklären, ist keine geldliche Unterstützung von uns. Man lese nur folgende zwei Sätze des „Vorworts“ (vom 11. Juli abends), die genug besagen: „Es versteht sich von selbst, daß die organisierte Arbeiterschaft die 275 ausgesperrten Spinnerinnen von Brandenburg über Wasser halten wird. Es versteht sich von selbst, daß der Deutsche Textilarbeiterverband... mit allen Rechtsmitteln seine Rechte... bis zur letzten Instanz durchdringen wird.“ — Das heißt mit andern Worten erstens: das Geld in den Gewerkschaftskassen darf („im Namen des Volkes“) nicht angebernen werden, folglich müssen die Pro-

letariat unter sich Extrasammlungen für die ausgesperrten Textilarbeiter Brandenburgs veranstalten. Auf diese Solidarität kann bestimmt, wenn sie auch selbst nur auf die pünktliche Zahlung der Mitteldebetbeiträge achten dürfen... Zweitens: die Gewerkschaftsbeamten werden nochmals den Tadel bei seiner Großmutter vertragen, sie werden von Pontas zu Platas rennen, „bis zur letzten Instanz“. Vielleicht hilft doch noch der preussische Justizminister, der Amtskollege des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Otto Braun, die Hauptsache ist, daß die gewerkschaftsdisziplinierten Proleten mit ihren freiwilligen Geldsammlungen ebenso tapfer durchhalten „bis zur letzten Instanz“, wie ihre „bewährten“ Führer mit der vollen Kasse. Denn „im Namen des Volkes“ müssen nicht die ausgesperrten Riesensammlungen, sondern die Arbeiter selbst ihre streikenden Klassen Genossen über Wasser halten.

Der Fall des Textilarbeiterverbandes in Brandenburg a. H. ist ein Schulbeispiel dafür, wie sehr die Gewerkschaften bereit von der Gnade und Barmherzigkeit des kapitalistischen Staates abhängig sind. Die gewerkschaftlich organisierten Proletariat zahlen wöchentlich Riesensummen an Beiträge — aber nicht sie haben über die Verwendung ihrer eigenen Gelder zu bestimmen, sondern die herrschende Klasse. Wenn es der Ausbeutertruppe in den Kramp fällt, verbietet sie einfach durch ihre Justizschergen die Benutzung des Streikfonds und setzt die Gewerkschaften mit einem Zuge schachmatt. Denn gegen die kapitalistische Klassenjustiz sind die Gewerkschaften infolge ihres Berufens mit der demokratischen Hungerrepublik schon so ohnmächtig, daß sie für den proletarischen Klassenkampf ebenso untüchtig sind wie ein Verbrämtes Kleeblatt.

Die praktische Lösung dieser Gewerkschaftsfrage kann nur sein: Zusammenschluß der Arbeitermassen in der Union der Betriebsorganisationen, die als moderne Klassenkassenorganisation in keinerlei Abhängigkeitsverhältnis zum Kapitalismus und seiner Ingerdenktrafte stehen. Das müssen die Proletariat erkennen und danach handeln.

werden durch eine andere Form, die deshalb revolutionär ist, weil sie die Arbeiter selbst aktiv über alles bestimmen läßt. Das heißt nicht, daß die Arbeiter passiv abzuwarten, sondern selbst diese Form zuerst geschaffen und fertiggestellt werden soll, in der sich dann nachher der revolutionäre Sinn der Arbeiter heiligt. Diese neue Organisationsform kann nur im Prozeß der Revolution von den revolutionär auftretenden Arbeitern geschaffen werden. Aber die Erkenntnis der Bedeutung der heutigen Organisationsform bestimmt die Stellung, die die Kommunisten zu den Versuchen einzeln haben, die jetzt schon auftreten, diese Form zu schwächen oder zu sprengen.“

Es ist klar, daß diejenigen, welche den Unionisten Organisationsform vorwerfen, nicht begreifen, daß es sich um keinen Versuch handelt, das revolutionäre Bewußtsein und den Willen dieser Organisationsform zu ersetzen, sondern um den inneren Zusammenhang um die Abhängigkeit und die Wechselwirkung inner ihnen handelt. Die Propagierung der Union als der modernen Klassenkampfform des Proletariats hat somit mit Organisations-Fetischismus gemein, wie auch die Propagierung der Räte als Organ der proletarischen Revolution. Jeder Marxist weiß, daß die Räte als die besten nicht den revolutionären Willen schaffen, sondern sie sind sein Produkt, sie setzen ihn voraus. Sie sind aber die beste Form zur Betätigung und Entwicklung dieses revolutionären Willens. Daher auch die Bedeutung jener Stelle der Marxschen Staatstheorie, wonach das Proletariat den Staat durch die Verwirklichung des Klassenkampfes zu schaffen, die objektiven Voraussetzungen werden durch die Verschärfung des Klassenkampfes und des Konfliktes zwischen den Bedürfnissen der Arbeiterbewegung und ihren bisherigen Formen geschaffen.

Wie in der Vergangenheit, so auch heute beschuldigt man die Anhänger der Union des Organisations-Fetischismus. Man sagt, die Union sei ein Organisationsform, ein Ersatz des revolutionären Bewußtseins und Willens der Arbeiter. Dieser Vorwurf ist nicht neu und seine Beantwortung ist seit langem von dem Veteranen des revolutionären Marxismus, dem Genossen Parrot, gegeben. „Ein Schritt“, „Welt-Parteilichkeiten in Deutschland ist darüber gesprochen, als könne eine Organisationsform revolutionär sein. Das ist doch nur auf die revolutionäre Gesinnung der Menschen, der Mitglieder ankommt. Wenn aber der wichtigste Inhalt der Revolution darin besteht, daß die Massen selbst ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen, dann ist jede Organisationsform, die die Massen nicht zusetzt, selbst zu herrschen und zu leiten: daher soll sie ersetzt

werden durch eine andere Form, die deshalb revolutionär ist, weil sie die Arbeiter selbst aktiv über alles bestimmen läßt. Das heißt nicht, daß die Arbeiter passiv abzuwarten, sondern selbst diese Form zuerst geschaffen und fertiggestellt werden soll, in der sich dann nachher der revolutionäre Sinn der Arbeiter heiligt. Diese neue Organisationsform kann nur im Prozeß der Revolution von den revolutionär auftretenden Arbeitern geschaffen werden. Aber die Erkenntnis der Bedeutung der heutigen Organisationsform bestimmt die Stellung, die die Kommunisten zu den Versuchen einzeln haben, die jetzt schon auftreten, diese Form zu schwächen oder zu sprengen.“

Es ist klar, daß diejenigen, welche den Unionisten Organisationsform vorwerfen, nicht begreifen, daß es sich um keinen Versuch handelt, das revolutionäre Bewußtsein und den Willen dieser Organisationsform zu ersetzen, sondern um den inneren Zusammenhang um die Abhängigkeit und die Wechselwirkung inner ihnen handelt. Die Propagierung der Union als der modernen Klassenkampfform des Proletariats hat somit mit Organisations-Fetischismus gemein, wie auch die Propagierung der Räte als Organ der proletarischen Revolution. Jeder Marxist weiß, daß die Räte als die besten nicht den revolutionären Willen schaffen, sondern sie sind sein Produkt, sie setzen ihn voraus. Sie sind aber die beste Form zur Betätigung und Entwicklung dieses revolutionären Willens. Daher auch die Bedeutung jener Stelle der Marxschen Staatstheorie, wonach das Proletariat den Staat durch die Verwirklichung des Klassenkampfes zu schaffen, die objektiven Voraussetzungen werden durch die Verschärfung des Klassenkampfes und des Konfliktes zwischen den Bedürfnissen der Arbeiterbewegung und ihren bisherigen Formen geschaffen.

Wie in der Vergangenheit, so auch heute beschuldigt man die Anhänger der Union des Organisations-Fetischismus. Man sagt, die Union sei ein Organisationsform, ein Ersatz des revolutionären Bewußtseins und Willens der Arbeiter. Dieser Vorwurf ist nicht neu und seine Beantwortung ist seit langem von dem Veteranen des revolutionären Marxismus, dem Genossen Parrot, gegeben. „Ein Schritt“, „Welt-Parteilichkeiten in Deutschland ist darüber gesprochen, als könne eine Organisationsform revolutionär sein. Das ist doch nur auf die revolutionäre Gesinnung der Menschen, der Mitglieder ankommt. Wenn aber der wichtigste Inhalt der Revolution darin besteht, daß die Massen selbst ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nehmen, dann ist jede Organisationsform, die die Massen nicht zusetzt, selbst zu herrschen und zu leiten: daher soll sie ersetzt

die folgenden Aufgaben aufzuzeigen, wird ihre Ideologie von der Situation selbst bestimmt. Und das führt unweilhaftig zur Feiern und bringt sogar Entartungsgefahren für die Organisation selbst mit sich. Das macht zur Notwendigkeit die Zusammenfassung der Kommunisten, die die Einsicht in die Bedingungen, den Gang in die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus haben; denn auf diese Weise können sie stärkeren Widerstand gegen die civil, reformistischen Tendenzen in der Union leisten, als wenn sie zerstreut unter der Masse der Unionisten bleiben. Ihre Ansichten haben die Mitglieder der revolutionären kommunistischen Partei nicht als Fraktion, nicht als Vertreter der Partei, sondern nur als Mitglieder der Union, die das Recht auf eine eigene Meinung wie ein jedes Mitglied der Union haben, zu vertreten.

Nur durch Schaffung der Union, durch ihre Entwicklung und inermittliche Propaganda des Kommunismus wird die Partei der proletarischen Revolution die Verbindung der Bewegung mit dem Ziel erreichen. Deshalb aus Werk zur Schaffung der Betriebsorganisationen!

Das Kinderelend der Republik

10 Prozent der Arbeiterkinder nicht ernährbar!

Die kapitalistische Krise mit ihren Begleiterscheinungen (Dauerarbeitslosigkeit, Hungerlöhne, Teuerung usw.) hat unter den proletarischen Massen geradezu erschreckende Gesundheitsverhältnisse geschaffen. Am sichtbarsten sind diese verheerenden Folgen bei den städtischen Schulkindern. Der Gesundheitszustand bekanntlich von Zeit zu Zeit kontrolliert wird.

Besonders die Gesundheitsstatistiken der Berliner Schulen geben ein trauriges Bild darüber, wie vor allem die Arbeiterkinder durch mangelhafte und schlechte Ernährung in ihrer körperlichen und geistigen Entwicklung stark gefährdet sind. So waren in einem Berliner Schulbezirk nur 38 Prozent der 8 Prozent der Schulkinder in gutem Ernährungsstand, 79 Prozent mäßig und 13 Prozent schlecht ernährt. Infolge besonders hochgradiger Unterernährung und Schwäche waren 6,5 Prozent der neu eingeschulenden Kinder überhaupt nicht schulfähig. Es waren also 6,5 Prozent der Einschulungskinder bereits in früherer Kindheit gesundheitlich so schwer geschädigt, daß sie nicht einmal in der Lage waren, der Schulpflicht zu genügen.

Die Folgen der schlechten Ernährung werden aber noch deutlicher erkennbar, wenn nach längerem Schulbesuch und durch Schularbeiten an den kindlichen Organismus erhöhte Anforderungen gestellt werden. So zeigt die Statistik der Schulklassenuntersuchungen im zentralen Berliner Stadtbezirk folgendes Bild:

mit ernährte Kinder 5,5 Prozent
schlecht ernährte Kinder 61,5 Prozent
schlecht ernährte Kinder 38 Prozent

Die Zahl der schlecht ernährten Kinder hat sich im Laufe der Schulzeit von 13 auf 32 Prozent erhöht. Ein volles Drittel der Schulkinder dieses Bezirks befindet sich also in schlechtem Ernährungsstand. Bei der Schuluntersuchung waren 10 Prozent der Kinder infolge Körperschwäche und Unterernährung nicht schulfähig! Nach vollendeter Schulzeit sind also 40 Prozent der Gemeindeschulkinder körperlich so vermindert, daß sie nicht in der Lage sind, eine Erwerbstätigkeit anzunehmen.

Es handelt sich hier keineswegs um Einzelfälle. Vielmehr stimmen die Ergebnisse dieser Statistik überein mit dem gesundheitlich-statistischen Material, das in der Denkschrift des Reichsinnenministeriums über die gesundheitlichen Verhältnisse des deutschen Volkes wiedergegeben ist. Ja, die Feststellungen der Denkschrift gehen sogar vielfach über die erschreckenden Ziffern des oben angeführten Berliner Schulbezirks weit hinaus. So mußten in Berlin-Treptow 50 Prozent der Schulkinder von Unterrichts zurückgestellt werden. In einzelnen Kindergärten und Kinderheimen Hannovers waren die Kleinkinder bis zu 50 Prozent unterernährt! Nach der Denkschrift wurden untererkrankte Kinder festgestellt in Breslau 34 Prozent der Schulkinder, in Halle 38,7 Prozent, in Harburg 39 Prozent, in Barmen 50 Prozent, in Hünthausen (Kreis Stade) 83,8 Prozent.

Havelock Wilson als Better des englischen Imperiums

Wir bringen hier eine Übersetzung aus dem antiparlamentarischen „The Commoner“ Glasgow, die vom Gen. Guy Aldred herausgegeben wird. Der Artikel beleuchtet einen Kampf in der englischen Arbeiterbewegung.

Dieser Aufsatz ist ein Kapitel aus dem „National-Lexikon antirevolutionärer Biographien“ unter Zuhilfenahme der Enzyklopädie der Bibliothek Havelock Wilsons. Leider ist sein Werdegang sowie die Entwicklung der „Industrial Peace Union of the British Empire“ zu wenig bekannt geworden.

Am 22. November 1926 referierte Havelock Wilson in zwei Versammlungen der „Ind. Peace Union“ in Glasgow. Versammlungsleiter war Sir William Rachen. Bei dem Charakter des Meetings entsprach vollkommen dem Grundgedanken für alle! „D. h. Erhöhung der Lohndemokratie für die Reeder und Flend für die Seeleute. Der Verband tritt ferner für Zusammenarbeit zwischen Unternehmer und Arbeitern zur Verhinderung von Konflikten und kostspieligen Streikfällen“, wie z. B. der Kampf gegen „Sargische“. Die Versammlung schließt mit einem: „God save the King.“

Havelock Wilson hat seine Versammlungen sorgfältig mit Zugangschriften usw. organisiert. Alle Fragen müssen schriftlich durch einen besonders hierzu angestellten Boten am Vorstandsstab abgelesen werden. Nichts darf mehr als Fragen. Doch diese hat er schon immer fertig gefunden. Er nennt diese Angst in seinen Flugblättern „Wahrung der Redefreiheit“ und warnt alle Störenfriede mit dem „Gesetz zum Schutze öffentlicher Versammlungen von 1908“. Eigenartig genug, wir kennen keinen Fall, in dem die königlichen Justizbeamten dieses Gesetz zum Schutze sozialistischer Meetings in Anwendung brachten. Aber wir wissen, daß es die Versammlungen der „Tartarier“ und der Reformisten protegirt hat.

Es wird erinnertlich sein, daß H. W. und seine Clique während des Krieges gegen den „Recht der freien Rede“ absolut nicht beachtet. Jetzt läßt er Flugblätter los, in denen er nachweist, wie die Störenfriede seiner Veranstaltungen mit einer Geldstrafe von 3 Dollar zuzüglich Kosten verurteilt worden sind, welches Wert er der „Redefreiheit“ beimißt und welche Ehrfurcht er vor öffentlichen Veranstaltungen hat.

Wilson's Rede als Feind jedes Streiks, als Apostel größter Ausbeutung, als Feind der „verderblichen Doktrinen des Klassenkampfes“, ruft uns deutlich den Pionier dieser Art Streikbrecherorganisationen, William Collison in Erinnerung.

aller Rücksichtslosigkeit den revolutionären Klassenkampf zu führen um den Sturz der kapitalistischen Gesellschaft samt ihrer Hungerdemokratie.

Der Reallohn sinkt

Und die Proletarier sind von ihren Gewerkschaften durch langfristige Tarifverträge gefesselt.

Der christliche Gewerkschaftsführer Rohrbach schreibt im Zentrums-Organ „Der Deutsche“ einen Leitartikel, in dem auf Grund der letzten Reichsindextreife die eine Erhöhung von 146,5 auf 147,7 gleich 8 Prozent gegenüber dem Vormonat ausweist, festgestellt wird, daß die langfristigen Tarifverträge für die Arbeiterschaft den schwersten Schaden, eine ständige Senkung ihres Reallohns bedeuten. Es heißt da u. a.:

„Wenn ein Bergmann oder Bauarbeiter im Mai 200 Mark erarbeitet hat, und er erarbeitet im Juni wiederum 200 Mark, so sind das in Wirklichkeit nur 198,40 Mark.“

Einige Millionen Arbeiter können sich hiergegen (gegen den Lohnabbau) auf lange Zeit nicht mehr durch Lohnbewegungen wehren, denn sie sind durch Tarifverträge und Schiedssprüche an bestimmte Löhne gebunden. Zum Teil bis April nächsten Jahres . . . Wie gut wäre es nun, wenn in jedem Tarifvertrag und Schiedsspruch die Klausel stünde, daß der Tarifvertrag und der zum Tarifvertrag gewordene Schiedsspruch von Arbeitnehmern mit sofortiger oder kurzfristiger Wirkung gekündigt werden kann, wenn der Lebenskostenindex steigt. . . . Die Arbeitnehmer können sich aber vorerst auf ein Zurückgehen des Lebenshaltungsindex nicht verlassen; möglich wird es erst, wenn sich die sich auf Lohnbewegungen einrichten. Das bedeutet u. a., daß sie sich lange laufenden Tarifverträgen und Schiedssprüchen, ebenso wie in der Inflationszeit, widersetzen müssen.“

Der christliche Gewerkschaftsbeamte versichert natürlich schamhaft, daß sein Parteigenosse, der Reichsarbeitsminister Brauns, die langfristigen Tarifverträge durch verbindlich erklärte Schiedssprüche diktiert.

Darüber hinaus muß die Arbeiterschaft erkennen, daß ihre durch die zewerkschaftliche Tarifpolitik geförderte Verelendung nur ein Ende nimmt, wenn das kapitalistische System mit dem Hamme des revolutionären Klassenkampfes um den Kommunismus zerschmettert wird.

Die doppelte Moral der Bourgeoisie

In Bremen wurde kürzlich die Schustersfrau Kolomak wegen „Kuppeln“ zu acht Monaten Gefängnis verurteilt, was nur ein Beispiel ist für die doppelte Moral der bürgerlichen Sittenwächter einfach den Spiel umdrehten. Frau Kolomak hat bekanntlich ein aufsehenerregendes Buch („Vom Leben geliebt“) geschrieben, worin sie das qualvolle Schicksal ihrer Tochter, eines Stiefkindes, in der meisteitigen Behandlung auf der Geschlechtskrankenstation wurde. — Zu diesem offenkundigen Fehlspruch muß Erich Weibert in der „Metallarbeiter-Zeitung“ W. schreiben u. a.:

„Der Bürger hat sich eine doppelte Moral zurechtzefügt. Allen Schweinereien gegenüber, die in seinen Kreisen passieren, läßt er irgendwo etwas stillschweigend, in dem er nicht, wenn sie mal zur arg sind, rüffelt sich zu einem Protest auf, der aber ja nicht über die Grenzen der guten Gesellschaft hinauslaufen darf. Er protestiert weniger aus Gründen der Gerechtigkeit, als vielmehr aus dem Interesse, nicht an der Argst, daß solche Geschichten in die Öffentlichkeit kommen und zu einem Skandal für die besseren Schichten werden könnten. Dagegen schreit er gleich nach dem Staatsanwalt, wenn er irgendwo etwas stillschweigend, in dem er nicht, wenn sie mal zur arg sind, rüffelt sich zu einem Protest auf, der aber ja nicht über die Grenzen der guten Gesellschaft hinauslaufen darf. Er protestiert weniger aus Gründen der Gerechtigkeit, als vielmehr aus dem Interesse, nicht an der Argst, daß solche Geschichten in die Öffentlichkeit kommen und zu einem Skandal für die besseren Schichten werden könnten. Dagegen schreit er gleich nach dem Staatsanwalt, wenn er irgendwo etwas stillschweigend, in dem er nicht, wenn sie mal zur arg sind, rüffelt sich zu einem Protest auf, der aber ja nicht über die Grenzen der guten Gesellschaft hinauslaufen darf. Er protestiert weniger aus Gründen der Gerechtigkeit, als vielmehr aus dem Interesse, nicht an der Argst, daß solche Geschichten in die Öffentlichkeit kommen und zu einem Skandal für die besseren Schichten werden könnten.“

Der Bürger darf neben seiner legitimen Eile noch so viel zärtliche Verhältnisse haben, wie sein Geldsack es ihm erlaubt. Alle wissen es, aber keiner wird ihm einen Vorwurf machen. Sowas ist ja in diesen Kreisen nichts Ehrenrätliches, auch wenn es nach den christlichen Grundsätzen, nach dem der Bürger zu leben vorgibt, unsittlich ist. Da gibt es auch Fälle, die der Protestanten der unterernährten Schulkinder von der Gatte aus den Bekanntschaften seiner Frau noch keine Profite zieht. Offiziell wird er natürlich davon nicht berichten. Aber — wenn ein Arbeiter, der zu seinem Elendeblick bei den Kapitalisten in der Tat seinen Schicksal gegen sich selbst eine aueretheliche Liebesfreundschaft mit einer Frau hat, die

frang. Dieser „Apostel der freien Arbeit“, Gründer und Generalsekretär der „National Free Labor Association“, dieser antiparlamentarische „The Commoner“ Glasgow, die vom Gen. Guy Aldred herausgegeben wird. Der Artikel beleuchtet einen Kampf in der englischen Arbeiterbewegung.

Die Anwalt sagte ferner, er wolle jetzt der Gegenpartei Geldmangel zur Führung eines Prozesses vor. Die „Western Daily Mail“ jedoch erklärte, daß einer sofortigen Strafverfolgung wegen Verbreitung von Schmähchriften gegen den Herausgeber nichts im Wege stünde. Die „Times“ schreibt in ihrer Ausgabe vom 17. Dezember 1926, daß dies Flugblatt so frank und frei vielleicht die größte Anzahl schmählicher Behauptungen über die Geschäftsführung des nunmehr aufgelösten „Vereinigten Matrosen- und Heizer-Verband von Großbritannien und Irland“ enthält, die gegen einen in der Öffentlichkeit stehenden Mann, auf einem Dutzend Seiten Papier zusammengestellt sind. Der Schreiber des Pamphlets fordert Herrn Wilson in der Tat seinen Schwachsinn gegen ein entweder auf zivil- oder strafrechtlichem Wege zu unternehmen. — Bis heute jedoch ist von einer dazugehörigen Maßnahme des Herrn Wilsons nichts zu merken. Endlich verurteilt die Anwalt Wilson den Verleger des Pamphlets, die Verurteilung und verlangte 5000 Pfund Entschädigung. Am 13. und 14. März 1926 kam dieser Prozeß zur Verhandlung unter dem Vorsitz des Richters Sir William Wilson.

Herr Mac Call, der Anwalt Wilsons, beschrieb das Flugblatt als eine infame Schmähung und erklärte, daß es im Interesse der Reeder verfaßt worden sei. Er sagte weiter, daß die Dichtung in der Tat einen Schaden an der Ehre und dem Belange der Seeleute eine sehr gefährliche Position einnähme, und daß seine Reden mit größter Aufmerksamkeit angehört würden. Es läge daher im Lebensinteresse der Reeder, seine Ernennung zurückzuführen.

Wilson berief sich auf vier Anschuldigungen, die gegen ihn gemacht seien, nämlich

1. er wäre von einem Schiff desertiert und hätte ein Boot gestohlen.
2. er hätte eine Bilanzabrechnung gefälscht.
3. er hätte fortgesetzt einen gewissen Mann gezwungen, ihm eine Dichtung entgegen zu unterwerfen, die er wirklich empfangen hätte.
4. daß namhafte Defizite in seinen Abrechnungen vorhanden seien.

Justizrecht in Südamerika

Die in Frankfurt a. M. erscheinende „Proletarische Revue“ (Nr. 13) bringt dazu eine Übersetzung aus „Len des Revue“, der wir folgendes entnehmen:

„Wie sind die politischen Verhältnisse in Latein-Amerika? Ein kürzlich stattgehabter Polizeiskandal hat grelle Streifen auf das Gebahren der argentinischen Sicherheitskräfte geworfen. Es ist das berühmte Kreuzverhör, welchem der unterworfen werden kann, der irgend eines Vergehens beschuldigt wird; mag die Sache auch noch so ungewiß sein. Das „Kreuzverhör“ bezweckt das Geständnis des Beschuldigten und besteht in einer Reihe berechneter Folterungen, an dem Charakter und die Nerven des Ausgeklagten zu zerbrechen. Faustschläge und Prüttreite sind die Einleitung der Qualen. Dann bindet man den Gefangenen an einen Balken seiner Zelle und verbringt ihm die Hand mit Zigaretten und Streichhölzern. Man reißt ihm Haare aus dem Körper, man bindet ihm mit Schnur die Hoden ab und verhindert ihn zu schlafen. Bringt auch dieses kein Geständnis hervor, dann sendet diese sadistische Justiz weitere Folterungen an. Der Schmerzer schon halb wahnsinnigen Opfer werden mit starken Strom elektrisiert, man schlägt ihnen auf die Fingerglieder bis das Blut herausspritzt. Man verbindet ihnen die Augen und macht sie glauben, daß man sie tötet, wenn sie nicht stehen. Ein sogenannter Arzt findet sich, der dem Delinquenten erklärt, sie hätten ihren Tod ihrem (niemals ausgesprochenen) Fluch ersucht zu schreiben. Die letzte Maßnahme ist die sogenannte „Pilota“. Man taucht den Kopf des Gefangenen bis zum Ersticken oft in einen gefüllten Wasserbehälter. Danach ist der Verdächtige meistens so zermürbt, daß er alles gesteht, was man von ihm verlangt.“

Die Polizei Argentiniens und Brasiliens arbeitet in diesen Dingen Hand in Hand. So wurde ohne jede Formalität ein brasilianischer Revolutionär von Oberst Mella in die Argentinischen Polizeihandeln ausgeliefert, die ihn die Ohren abschneiden und ihn erwürgen. Die Sache machte viel Lärm, aber da weder Auforderung noch Bewilligung bei diesem Mord in Frage kam, wuschen sich die beiden Regierungen die Hände in Unschuld, und die Sache war erledigt.

Die rationalisierte Reidsbahn

Dienschtschichten von 16 bis 18 Stunden!

Der „Vorwärts“ vom 7. Juli beklagt sich über folgendes „unheimliches Täuschungsmanöver“ der Reichsbahnverwaltung: „In dem Schiedsspruch für die Eisenbahn im April waren unter anderem Verhandlungen zwischen der Hauptverwaltung der Reichsbahn und den Tarifgewerkschaften vorgesehen, zum Zweck der Abänderung der Dienstaufvorschriften. Diese Verhandlungen begannen Ende Mai. Die Tarifgewerkschaften verlangten, daß die höchstzulässige Arbeitszeit die bisher 60 Stunden pro Woche betrug, auf 54 Stunden herabgesetzt werde.“

Der Räteist löst sich sehr einfach, wenn auch nicht zum Vorteil der Hauptverwaltung der Reichsbahn. Diese hatte nämlich, bevor sie das Angebot auf Herabsetzung der Arbeitszeit machte, eine e r t u g u n g herausgegeben, daß die Arbeitszeit in der Dienstsicht stärker berechnet werden soll, so daß bei einer Herabsetzung der Arbeitszeit keine Verkürzung der Dienstsicht eintreten darf.

Die Anwalt sagte ferner, er wolle jetzt der Gegenpartei Geldmangel zur Führung eines Prozesses vor. Die „Western Daily Mail“ jedoch erklärte, daß einer sofortigen Strafverfolgung wegen Verbreitung von Schmähchriften gegen den Herausgeber nichts im Wege stünde. Die „Times“ schreibt in ihrer Ausgabe vom 17. Dezember 1926, daß dies Flugblatt so frank und frei vielleicht die größte Anzahl schmählicher Behauptungen über die Geschäftsführung des nunmehr aufgelösten „Vereinigten Matrosen- und Heizer-Verband von Großbritannien und Irland“ enthält, die gegen einen in der Öffentlichkeit stehenden Mann, auf einem Dutzend Seiten Papier zusammengestellt sind. Der Schreiber des Pamphlets fordert Herrn Wilson in der Tat seinen Schwachsinn gegen ein entweder auf zivil- oder strafrechtlichem Wege zu unternehmen. — Bis heute jedoch ist von einer dazugehörigen Maßnahme des Herrn Wilsons nichts zu merken. Endlich verurteilt die Anwalt Wilson den Verleger des Pamphlets, die Verurteilung und verlangte 5000 Pfund Entschädigung. Am 13. und 14. März 1926 kam dieser Prozeß zur Verhandlung unter dem Vorsitz des Richters Sir William Wilson.

Die Anwalt sagte ferner, er wolle jetzt der Gegenpartei Geldmangel zur Führung eines Prozesses vor. Die „Western Daily Mail“ jedoch erklärte, daß einer sofortigen Strafverfolgung wegen Verbreitung von Schmähchriften gegen den Herausgeber nichts im Wege stünde. Die „Times“ schreibt in ihrer Ausgabe vom 17. Dezember 1926, daß dies Flugblatt so frank und frei vielleicht die größte Anzahl schmählicher Behauptungen über die Geschäftsführung des nunmehr aufgelösten „Vereinigten Matrosen- und Heizer-Verband von Großbritannien und Irland“ enthält, die gegen einen in der Öffentlichkeit stehenden Mann, auf einem Dutzend Seiten Papier zusammengestellt sind. Der Schreiber des Pamphlets fordert Herrn Wilson in der Tat seinen Schwachsinn gegen ein entweder auf zivil- oder strafrechtlichem Wege zu unternehmen. — Bis heute jedoch ist von einer dazugehörigen Maßnahme des Herrn Wilsons nichts zu merken. Endlich verurteilt die Anwalt Wilson den Verleger des Pamphlets, die Verurteilung und verlangte 5000 Pfund Entschädigung. Am 13. und 14. März 1926 kam dieser Prozeß zur Verhandlung unter dem Vorsitz des Richters Sir William Wilson.

Die Anwalt sagte ferner, er wolle jetzt der Gegenpartei Geldmangel zur Führung eines Prozesses vor. Die „Western Daily Mail“ jedoch erklärte, daß einer sofortigen Strafverfolgung wegen Verbreitung von Schmähchriften gegen den Herausgeber nichts im Wege stünde. Die „Times“ schreibt in ihrer Ausgabe vom 17. Dezember 1926, daß dies Flugblatt so frank und frei vielleicht die größte Anzahl schmählicher Behauptungen über die Geschäftsführung des nunmehr aufgelösten „Vereinigten Matrosen- und Heizer-Verband von Großbritannien und Irland“ enthält, die gegen einen in der Öffentlichkeit stehenden Mann, auf einem Dutzend Seiten Papier zusammengestellt sind. Der Schreiber des Pamphlets fordert Herrn Wilson in der Tat seinen Schwachsinn gegen ein entweder auf zivil- oder strafrechtlichem Wege zu unternehmen. — Bis heute jedoch ist von einer dazugehörigen Maßnahme des Herrn Wilsons nichts zu merken. Endlich verurteilt die Anwalt Wilson den Verleger des Pamphlets, die Verurteilung und verlangte 5000 Pfund Entschädigung. Am 13. und 14. März 1926 kam dieser Prozeß zur Verhandlung unter dem Vorsitz des Richters Sir William Wilson.

Die Anwalt sagte ferner, er wolle jetzt der Gegenpartei Geldmangel zur Führung eines Prozesses vor. Die „Western Daily Mail“ jedoch erklärte, daß einer sofortigen Strafverfolgung wegen Verbreitung von Schmähchriften gegen den Herausgeber nichts im Wege stünde. Die „Times“ schreibt in ihrer Ausgabe vom 17. Dezember 1926, daß dies Flugblatt so frank und frei vielleicht die größte Anzahl schmählicher Behauptungen über die Geschäftsführung des nunmehr aufgelösten „Vereinigten Matrosen- und Heizer-Verband von Großbritannien und Irland“ enthält, die gegen einen in der Öffentlichkeit stehenden Mann, auf einem Dutzend Seiten Papier zusammengestellt sind. Der Schreiber des Pamphlets fordert Herrn Wilson in der Tat seinen Schwachsinn gegen ein entweder auf zivil- oder strafrechtlichem Wege zu unternehmen. — Bis heute jedoch ist von einer dazugehörigen Maßnahme des Herrn Wilsons nichts zu merken. Endlich verurteilt die Anwalt Wilson den Verleger des Pamphlets, die Verurteilung und verlangte 5000 Pfund Entschädigung. Am 13. und 14. März 1926 kam dieser Prozeß zur Verhandlung unter dem Vorsitz des Richters Sir William Wilson.

Wirtschaft

Der Berliner Arbeitsmarkt

In der mit dem 9. Juli endenden Woche ist in Berlin laut Bericht des Arbeitsamts die Zahl der Arbeitsuchenden um rund 600 Personen zurückgegangen, so daß sie zurzeit 185 355 Personen beträgt. Gute Aufnahmefähigkeit verzeichnet die Landwirtschaft und Metallindustrie. Auch im Baugewerbe ist der Versuch sich das Tempo des Aufstiegs etwas erhöht, was insbesondere auf die Inangriffnahme größerer Aufträge zurückzuführen ist. Es waren 188 385 Personen bei den Arbeitsnachweisen sich 123 816 (126 755) männliche und 64 569 (66 299) weibliche Personen. Erwerbslosenunterstützung bezogen 58 122 (59 749) männliche und 29 142 (29 518) weibliche, insgesamt 87 264 (89 264) Personen. Außerdem wurden noch 28 570 (28 260) Personen durch die Erwerbslosenhilfe der Stadtgemeinde unterstützt. Bei 32 214 (32 214) Personen durch die Krisenrente unterstützt. Nicht-Staatsandarsarbeiten wurden 4552 (5110) Personen beschäftigt.

Die Entwicklung der amerikanischen Automobilindustrie illustriert die Entwicklung des Weltkapitals überhaupt. Beitrag in der Jahre 1895 die Produktion an Kraftwagen in den Vereinigten Staaten um 100 Stück, so stieg sie bis 1914 auf 570 000 Stück, um im Jahre 1917 unter der Einwirkung des Krieges auf 1 870 000 Stück heraufzuziehen. Seit 1921 ging die Produktion in steller Kurve nach oben, um im Jahre 1923 den Rekord von 2 400 000 Stück zu erreichen. Dann trat im Jahre 1924 ein geringer Rückschlag ein, 4,3 Mill. Stück. Im Jahre 1925 ergab wieder einen neuen Rekord mit 4,3 Mill. Stück. Dieser Rekord hat das Jahr 1926, in dem die Produktion um mehr als 1 Mill. Stück anstieg, nicht gehalten, es wurden nur 4,25 Mill. Wagen produziert.

Die amerikanische Automobilindustrie ist nicht nur die größte Industriezweig, sondern auch in jeder Beziehung die höchststehende der ganzen Welt. Organismus der Technik lassen sich nicht überbieten, dazu ist die noch nicht kapitalisierte Welt zu klein.

Aus Produktion und Absatzorganisation haben ihre höchste Entwicklung erreicht. Von insgesamt 68 Automobiltypen, die seit Beginn der amerikanischen Automobilindustrie produziert wurden, werden gegenwärtig nur noch 54 vertrieben. Die Mechanisierung der Industrie in weitestem Umfange hat man geführt. Daneben hat man die Absatzorganisation in größtenteils automatisierten und durch Einführung des Abzahlensystems aus mehr als 1000 kleineren, in den kleineren Schichten zum unentbehrlichen Gebrauchsartikel gemacht. Im Jahre 1926 sind nicht weniger als 60 Prozent der verkauften Autos auf Teilzahlungen erworben worden! Der Verkauf der Autos hat sich durch seinen Anstieg im letzten Jahr, bedeutet letzten Endes Preisdruck, Lohnrückgang, Produktionsrückgang, Unterbrechung des eigenen Fundaments, die der Hauptsache sind es in der amerikanischen Automobilindustrie nur noch zwei Gruppen, Ford und General Motors, die den Löwenanteil der Produktion hervorbringen und zwischen denen gegenwärtig der Kampf auf Leben und Tod ausgeht, der beiden Unternehmen, die die Lebenskräfte zwischen ihnen liegt, zermalmten res. Die Lebenskräfte zu einem dritten Trust zusammenpressen. Bis 1925 hat die Automobilindustrie der Erde, die die Hälfte der gesamten amerikanischen Automobilindustrie, der mächtigsten Aufstieg ist bekannt, sein Stern ist erloschen, er ist auf der ganzen Linie geschlagen und geht weiter zurück. Die nachfolgende Produktionsstatistik für Personenwagen zeigt:

	1927				1926			
	April	März	Febr.	Jan.	April	März	Febr.	Jan.
Ford	24,35	22,6	26,72	31,13	35,11	36,20	26,64	26,07
General Mot.	39,35	38,32	38,34	34,04	26,64	26,07	26,64	26,07
Hudson	8,12	8,32	7,21	6,97	6,91	6,69	6,91	6,69
Chrysler	5,24	5,25	4,56	4,36	4,14	4,04	4,14	4,04
Dodge	3,84	4,97	4,83	4,97	4,97	4,97	4,97	4,97
Other	3,82	4,16	4,36	4,50	7,83	7,80	7,83	7,80

Anteilweise wurde die Produktion an Automobilen in den USA Ende 1926 wie folgt bestritten:

Ford	33 Proz.
General Motors	30 Proz.
Hudson	6 Proz.
Dodge	6 Proz.
Willys Overland	5 Proz.
Nash	4 Proz.
Studebaker	4 Proz.
Durant	3 Proz.
Hupp	2 Proz.
Packard	2 Proz.

Das sind 97 Prozent der Gesamtproduktion der Vereinigten Staaten. Die restlichen 3 Prozent teilen sich etwa ein weiteres Dutzend kleinerer Fabriken.

Zustrom von Auslandskapitalen in die deutsche Wirtschaft.

Der deutsche Proletariat schneidet und hungert dabei, so daß sich die Kapitalisten seiner Ausbeuter jetzt verzinsen. Das gibt den Dollarhären Mut, ihnen weitere Mittel zur Verfügung zu stellen.

In den nächsten Wochen wird ein erheblicher Zustrom von Auslandsanleihen nach Deutschland erfolgen. Außer den schon abgeschlossenen Anleihen des Freistaates Sachsen über 15 Millionen Mark und der Stadt Berlin über 70 Millionen Mark wird der Gezeuwer der 30-Millionen-Dollar-Anleihe der Rentenbank-Kreditanstalt auf den deutschen Geldmarkt fließen. Darüber hinaus werden für landwirtschaftliche Zwecke 30 Millionen Mark Pfandbriefe von der Preußischen Zentralbodenkreditanstalt zu 20 Millionen Mark von der Bayerischen Hypothekendarlehenbank im Ausland begeben. Ebenso hat der Reichsarbeitsminister die Wohnungsbauanleihe von 100 Mill. Mk. genehmigt, die demnächst mit 60 Millionen Mark auf die Hypothekendarlehenbank übertragen wird. Mit diesen Auslandsanleihen werden mehrere hundert Millionen Mark Auslandsdollars nach Deutschland kommen.

Der Kampf der Giganten

Die USA-Autoindustrie. — Ihre Bedeutung für Amerika und die Weltwirtschaft. — Ford gegen General-Motors Konkurrenzkampf auf der ganzen Linie.

Die Automobilindustrie der Vereinigten Staaten gilt mit Recht als das Wirtschaftsbarometer der gesamten Weltwirtschaft. Der Tatsache erhebt deren Bedeutung für die gesamte Weltwirtschaft.

Die USA-Automobilindustrie sind nicht weniger als 2 Milliarden Dollars investiert, und sie beschäftigt mit den Zubehöranlagen rund 3 Millionen Menschen. Das sind ungefähr 10 Prozent der Gesamtbevölkerung und mithin mehr als jede andere Industrie der Vereinigten Staaten. Die Automobilindustrie wird unerbittlich von den Baumwoll-, Petroleum- und Maschinenexporten. Von der Bedeutung der amerikanischen Automobilindustrie kann man sich ein Bild machen, wenn man erfährt, daß 1926 12 Prozent der heimischen Gesamtproduktion an Eisen, Stahl und Kupfer in der Automobilindustrie gebraucht werden, daß über 50 Prozent der Produktion von Polsterleder, 50 Prozent der Erzeugung von Gummi für die Produktion von Automobilen und ihrem Zubehör verwendet werden. Der Wert (Großhandpreis) der 1926 erzeugten Kraftwagen betrug 1,8 Milliarden Dollars, 80 Prozent der Erzeugung wurde auf nicht weniger als 305,9 Mill. Dollars. Man kann also unter diesen Umständen verstehen, wenn die Berichte über die Lage der Automobilindustrie in der amerikanischen Öffentlichkeit weitestgehende Beachtung finden und die Vorgänge in der Automobilindustrie aufmerksam verfolgt werden. Gerade die abgenickte Lage wird der Tages- und Fachpresse öftlich kommuniziert. Wir behaupten entgegen der allgemeinen Meinung, daß die amerikanische Automobilindustrie an einem neuen Wendepunkt ihrer Entwicklung angelangt ist und ihrem Abstieg entgegen geht. Es hat sich seit acht Jahren erwiesen, daß unsere Analysen immer zutreffend gewesen sind.

Die Entwicklung der amerikanischen Automobilindustrie illustriert die Entwicklung des Weltkapitals überhaupt. Beitrag in der Jahre 1895 die Produktion an Kraftwagen in den Vereinigten Staaten um 100 Stück, so stieg sie bis 1914 auf 570 000 Stück, um im Jahre 1917 unter der Einwirkung des Krieges auf 1 870 000 Stück heraufzuziehen. Seit 1921 ging die Produktion in steller Kurve nach oben, um im Jahre 1923 den Rekord von 2 400 000 Stück zu erreichen. Dann trat im Jahre 1924 ein geringer Rückschlag ein, 4,3 Mill. Stück. Im Jahre 1925 ergab wieder einen neuen Rekord mit 4,3 Mill. Stück. Dieser Rekord hat das Jahr 1926, in dem die Produktion um mehr als 1 Mill. Stück anstieg, nicht gehalten, es wurden nur 4,25 Mill. Wagen produziert.

Die amerikanische Automobilindustrie ist nicht nur die größte Industriezweig, sondern auch in jeder Beziehung die höchststehende der ganzen Welt. Organismus der Technik lassen sich nicht überbieten, dazu ist die noch nicht kapitalisierte Welt zu klein.

Aus Produktion und Absatzorganisation haben ihre höchste Entwicklung erreicht. Von insgesamt 68 Automobiltypen, die seit Beginn der amerikanischen Automobilindustrie produziert wurden, werden gegenwärtig nur noch 54 vertrieben. Die Mechanisierung der Industrie in weitestem Umfange hat man geführt. Daneben hat man die Absatzorganisation in größtenteils automatisierten und durch Einführung des Abzahlensystems aus mehr als 1000 kleineren, in den kleineren Schichten zum unentbehrlichen Gebrauchsartikel gemacht. Im Jahre 1926 sind nicht weniger als 60 Prozent der verkauften Autos auf Teilzahlungen erworben worden! Der Verkauf der Autos hat sich durch seinen Anstieg im letzten Jahr, bedeutet letzten Endes Preisdruck, Lohnrückgang, Produktionsrückgang, Unterbrechung des eigenen Fundaments, die der Hauptsache sind es in der amerikanischen Automobilindustrie nur noch zwei Gruppen, Ford und General Motors, die den Löwenanteil der Produktion hervorbringen und zwischen denen gegenwärtig der Kampf auf Leben und Tod ausgeht, der beiden Unternehmen, die die Lebenskräfte zwischen ihnen liegt, zermalmten res. Die Lebenskräfte zu einem dritten Trust zusammenpressen. Bis 1925 hat die Automobilindustrie der Erde, die die Hälfte der gesamten amerikanischen Automobilindustrie, der mächtigsten Aufstieg ist bekannt, sein Stern ist erloschen, er ist auf der ganzen Linie geschlagen und geht weiter zurück. Die nachfolgende Produktionsstatistik für Personenwagen zeigt:

	1927				1926			
	April	März	Febr.	Jan.	April	März	Febr.	Jan.
Ford	24,35	22,6	26,72	31,13	35,11	36,20	26,64	26,07
General Mot.	39,35	38,32	38,34	34,04	26,64	26,07	26,64	26,07
Hudson	8,12	8,32	7,21	6,97	6,91	6,69	6,91	6,69
Chrysler	5,24	5,25	4,56	4,36	4,14	4,04	4,14	4,04
Dodge	3,84	4,97	4,83	4,97	4,97	4,97	4,97	4,97
Other	3,82	4,16	4,36	4,50	7,83	7,80	7,83	7,80

Anteilweise wurde die Produktion an Automobilen in den USA Ende 1926 wie folgt bestritten:

Ford	33 Proz.
General Motors	30 Proz.
Hudson	6 Proz.
Dodge	6 Proz.
Willys Overland	5 Proz.
Nash	4 Proz.
Studebaker	4 Proz.
Durant	3 Proz.
Hupp	2 Proz.
Packard	2 Proz.

Das sind 97 Prozent der Gesamtproduktion der Vereinigten Staaten. Die restlichen 3 Prozent teilen sich etwa ein weiteres Dutzend kleinerer Fabriken.

Die im Jahre 1908 gegründete General Motors ist jetzt die bedeutendste Automobilfabrik der Vereinigten Staaten und überhaupt eine der größten Industrieunternehmen der Welt. Sie umfaßt eine große Anzahl von Automobilfabriken, so u. a. Buick, Chevrolet, Cadillac, Pontiac, Oakland. Die Company hat im Jahre 1909 „nur“ 29 Mill. Doll. umgesetzt und einen Reingewinn von 9,1 Mill. Doll. erzielt. 1916 waren es schon 156,9 Mill. Doll. Umsatz und 28,7 Mill. Doll. Reingewinn. Von 1918 bis 2007 Mill. Doll. umgesetzt und 14,8 Mill. Doll. Reingewinn erzielt wurden, stieg diese Ziffer in fast stetiger Weise, nur die Deflationsperiode (1921-22) brachte Rückschläge. Im Jahre 1925 war ein Rekordumsatz von 734,5 Mill. Doll. erreicht, und der Reingewinn auf 106,4 Mill. Doll. gesteigert. Durch die Zahlen des Jahres 1926 sind diese Ziffern noch erheblich überboten worden, konnte doch in diesem Jahre der Umsatz um 47 Prozent auf 1088,1 Mill. Doll. und der Reingewinn um 186 Mill. Doll. erhöht werden. Im ersten Vierteljahr 1927 erzielte der Konzern einen Reingewinn von 52,55 Mill. Doll. gegen 44,91 Mill. Doll. im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Zahl der verkauften Wagen hat sich um nicht weniger als 104 004 auf 385 000 Stück gegenüber dem ersten Vierteljahr 1926 erhöht. In Wallstreet (der Börsestraße New Yorks) lauten schon Gerüchte um, daß die General Motors eine 100-proz. Aktiendividende ausschütten will, wofür eine Aufschwung ist nicht nur dem Binnmarkt, sondern zu einem entscheidenden Teile dem Weltmarkt. Die General Motors Company besitzen ein Absatzfeld, das in 104 verschiedenen Ländern 40 000 Vertreter umfaßt.

Der Auslandsabsatz der amerikanischen Automobilindustrie hat sich in den letzten Jahren wesentlich stärker entwickelt als der Absatz in den Vereinigten Staaten. In der Gesamtproduktion der USA ist von 5,5 Prozent vor dem Kriege auf 6,8 Prozent in den beiden letzten Jahren gestiegen. Im Jahre 1926 sind nicht weniger als 238 481 Personenwagen im Werte von 176,5 Mill. Dollars, und 66 785 Lastwagen im Werte von 47,1 Mill. Dollars exportiert worden. Auch das erste Quartal 1927 brachte Rekordausfuhrer. Sind doch im ersten Vierteljahr 98 822 Wagen gegen 82 496 Wagen im Jahre 1926 exportiert worden. Das bedeutet, daß 9,2 Prozent der gesamten Lastkraftwagenproduktion exportiert wurde. Das Bestreben der meisten Staaten, sich durch Zollmaßnahmen gegen die amerikanische Automobilindustrie zu schützen, wird durch Errichtung von Fabriken in den ungeschützten Ländern illusorisch gemacht. Teils handelt es sich dabei um echte Fabrikationsbetriebe, teils um Montagebetriebe, die von amerikanischen Kapitalisten in einzelnen Ländern, so z. B. in Deutschland, Automobile zum Teil einem niedrigeren Zoll unterliegen, als fertige Automobile. In Deutschland wurden 10 Automobilfabriken im Ausland unterhalten worden, so z. B. in England, Frankreich, Italien, die dort das Erbe Ford angestrebt hat. Das gleiche konnte in den letzten Jahren auch in Westeuropa, Dagegen ist in Asien, Afrika, Australien, überhaupt bei den Kolonialländern der Ford-Konzern immer vorherrschend. Ford hat am 26. Mai 1927 mit dem Verkauf eines Autos aus dem Betrieb gebracht und ins — Hausmuseum gestellt. Es war das letzte der bekannten Modelle „Auto des Jahres 1927“. Ford schließt demnach wiederholt seinen Betrieb für einige Zeit, um dann mit einem neuen Typen zu beginnen. Er hat der gesamten amerikanischen Automobilindustrie von neuem den Kampf angekündigt. Diese Kampfergebnisse bestehen immer in Preisreduktionen, die ermöglicht werden durch die Vervollkommenheit der Ford-Produktion, die schärfere Ausprägung der Arbeiter. Die Konkurrenz und nur mit den gleichen Mitteln werden. Wenn in Amerika die Arbeiter nicht mehr in der Lage sind, die Konkurrenz in Europa, so lag das daran, daß es zumungunsten des letzteren die Anshur steigern und so den Profit erhöhen. Rationalisierungs- und Absatzmöglichkeiten haben jedoch die Arbeiter nicht mehr. Zudem kommt noch hinzu, daß der Kampf der beiden Automobilkonzern, die kleinen Fabriken vereint. Die einen der Kleinen erstreben jetzt den Zusammenschluß zu einem Konzern, der, an ihrer jetzigen Position, die Konkurrenz zu überwinden wird. Der Rest vertritt die Interessen der Arbeiter. Die

